

© **Schwerpunkt »Globalisierung gestalten«**

## **Irreführende Erfolgsmeldungen**

Die bemühte Verteidigung der Agrarexportstrategie durch das Bundeslandwirtschaftsministerium

von Tobias Reichert und Reinhild Benning

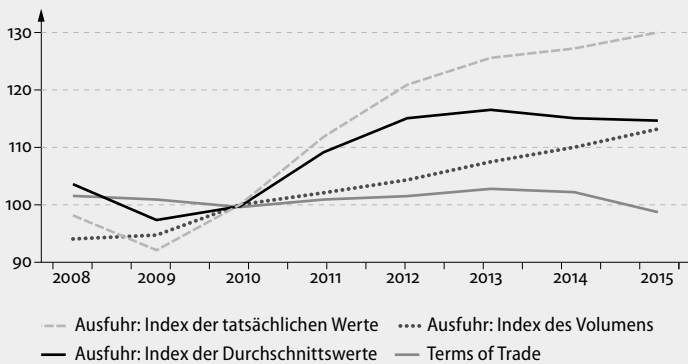
*Der Fleischverbrauch in Deutschland geht langsam zurück, der von Milchprodukten stagniert. Dieser Trend könnte genutzt werden, die Probleme mit der intensiven und regional stark konzentrierten Tierhaltung anzugehen. Stattdessen propagiert das Bundeslandwirtschaftsministerium immer höhere Agrarexporte, um das derzeitige Produktionsmodell aufrechtzuerhalten. So auch in seinem Bericht Agrarexport 2017, dessen Analyse im Zentrum dieses Beitrags steht. Neben einer Rechtfertigung für das Festhalten an der Exportstrategie sowohl für Deutschland als auch für die EU wird in dem Bericht auch versucht, die aus den Reihen der Zivilgesellschaft geäußerte Kritik an dieser Strategie zu entkräften. Wenig überzeugend, wie der folgende Text zeigt.*

Die deutschen Agrarexporte eilen von Rekord zu Rekord. Seit dem Jahr 2000 sind sie – mit Ausnahme des Wirtschaftskrisenjahrs 2009 – jedes Jahr gestiegen. »Die Agrarausfuhren Deutschlands haben aktuell trotz des Embargos für Agrargüter durch die Russische Föderation den höchsten absoluten Zuwachs aller EU-Staaten«, schreibt Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt im Bericht *Agrarexport 2017*.<sup>1</sup> Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) erwartet, dass die Agrarexporte 2016 erstmals auf einen Wert von mehr als 70 Milliarden Euro gestiegen sind.<sup>2</sup>

In diesem Wert enthalten sind auch Lebensmittel, die in Deutschland aus überwiegend importierten Rohstoffen hergestellt und dann exportiert werden wie Kaffee, Kakao/Schokolade und Zigaretten. Ein wichtiger Posten sind auch Ölsaaten und deren Produkte, die wie Sojabohnen ebenfalls importiert und verarbeitet werden. 2016 machten diese Produkte mit 15,5 Milliarden Euro mehr als ein Fünftel der deutschen Agrarexporte aus. Wertschöpfung für die deutsche Landwirtschaft entsteht hier nur begrenzt. Auch bei Exportprodukten wie Backwaren (3,2 Milliarden Euro) und Branntwein und Likör (1,3 Milliarden Euro) dürfte der Anteil der Verarbeiter am Exportwert weit überwiegen. Zieht man auch den Export von Fischereiprodukten ab (2,1 Milliarden Euro), bleiben etwa 46 Milliarden Euro an Exporterlösen, von denen ein signifikanter Teil an landwirtschaftliche Betriebe fließt.

Davon stammen etwa 40 Prozent aus der tierischen Erzeugung, wobei der Anteil von Fleisch und Milch etwa gleich groß ist. Der Anteil ist in den letzten beiden Jahren gesunken, jedoch nicht, weil weniger exportiert wurde – im Gegenteil: Es wurden deutlich mehr Milchprodukte exportiert, aber trotz höherer Mengen weniger eingenommen, da die Weltmarktpreise stark gesunken waren. Dies schlägt sich auch auf das Verhältnis von Export- zu Importpreisen im deutschen Agrarhandel nieder. Die Terms of Trade gehen seit 2013 zurück. Die deutschen Agrarausfuhren werden also im Vergleich zu den Einfuhren billiger (Abb. 1). Die weiter steigenden Exporterlöse (gestrichelte Linien) entstehen durch immer größere Mengen (gepunktete Linie) bei sinkenden Preisen (schwarze Linie).

Seit Beginn des Jahrtausends sind die Exporte von Schweinefleisch besonders stark gestiegen. Sie haben sich von 856 Millionen auf 3,86 Milliarden Euro 2016 mehr als vervierfacht. Der Selbstversorgungsgrad, also die Erzeugung im Vergleich zum Verbrauch, stieg von 90 Prozent (also einer Nettoimportposition) auf 120 Prozent.<sup>3</sup> Die Milchexporte sind bis 2013/2015 auf 9,3 Milliarden Euro<sup>5</sup> gestiegen und haben sich damit »nur« knapp verdoppelt. Bis April 2015 war die Erzeugung durch die europäische Milchquotenregelung beschränkt und konnte nur im Rahmen der schrittweisen Quotenanhebung steigen. Seit die Produktion unbegrenzt zulässig ist, sind die Exporte zwar gestiegen, die Erlöse allerdings um fast eine Milliarde Euro gefallen.

**Abb. 1: Entwicklung der Agrarexporte Deutschlands<sup>3</sup>**

Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Agrarexportbericht werden die Gründe für den Verfall der Weltmarktpreise nicht diskutiert. Dabei ist gerade am Milchmarkt der gestiegene Export aus der EU der wichtigste Grund. Zwischen 2010 und 2015 hat ihre Erzeugung nach Daten der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO um fast 13 Millionen Tonnen zugenommen: mehr als die der beiden anderen großen Exporteure Neuseeland (Zuwachs vier Millionen Tonnen) und USA (Zuwachs sieben Millionen Tonnen) zusammen. Damit ist die EU vor allem dafür verantwortlich, dass das Angebot stärker stieg als die Nachfrage. Dass der Einbruch der Weltmarktpreise also kein »externer Schock«, sondern direkte Folge der Politikänderung der EU war, erfährt man im Agrarexportbericht nicht.

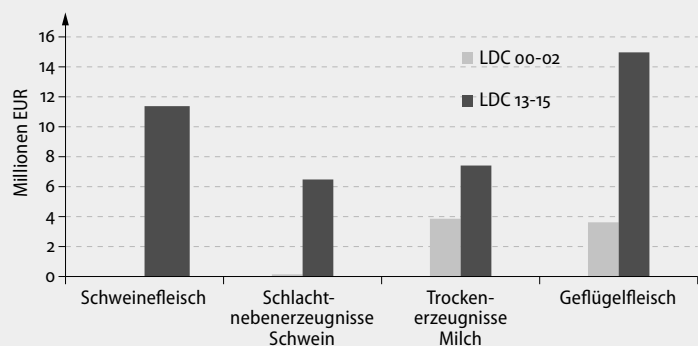
### Exporte – kein Problem für Entwicklungsländer?

Auf Kritik an möglichen negativen Auswirkungen der Agrarexporte auf Entwicklungsländer geht der Bericht ausführlich ein. Zunächst wird betont, dass mehr als drei Viertel der deutschen Exporte in andere EU-Staaten gehen und auch beim Export in Drittstaaten mit der Schweiz und den USA Länder mit hohem Einkommen die wichtigsten Märkte darstellen. An dritter Stelle folgt mit China das größte Schwellenland. Die Exporte vor allem von Schweinefleisch dorthin sind in den letzten Jahren rasant gewachsen. Dagegen machen die Exporte in die ärmsten Entwicklungsländer (Least Developed Countries – LDCs) nach wie vor weniger als ein Prozent der deut-

schen Agrarausfuhren aus. Der Exportbericht impliziert, dass es hier keine signifikanten Veränderungen gab. Angesichts der stark gestiegenen Gesamtexporte, bedeutet ein konstanter Anteil aber deutlich höhere Ausfuhren. Abbildung 2 verdeutlicht dies anhand von vier Produktgruppen, die im Bericht selbst als besonders relevant für Ausfuhren in Drittstaaten hervorgehoben werden: Schweinefleisch, Schlachtnebenerzeugnisse vom Schwein (Füße, Köpfe, Innereien), Trockenmilcherzeugnisse (vor allem Milchpulver) und Geflügelfleisch. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 erlöste Deutschland

etwa 7,5 Millionen Euro aus dem Export dieser Produkte in LDCs – je zur Hälfte aus Milchpulver und Geflügelfleisch. Schweinefleischexporte wurden nicht registriert. Im Schnitt der Jahre 2013 bis 2015 hatten sich die Gesamtexporte auf über 40 Millionen Euro vervielfacht. Fleisch und Schlachtnebenerzeugnisse vom Schwein wurden im Wert von 17 Millionen Euro exportiert. Die Geflügelfleischexporte haben sich auf 15 Millionen vervierfacht.

Die FAO schätzt, dass 2014 in den LDCs insgesamt Schweinefleisch im Wert von 2,3 Milliarden Euro erzeugt wurde. Die deutschen Exporte dorthin liegen noch deutlich unter einem Prozent dieses Werts. Das rasante Wachstum und Dumpingpreise sollten allerdings im Auge behalten werden. Zumal zu vermuten ist, dass in LDCs auch Schweine zu einem Großteil von Selbstversorgern gehalten werden. Der Anteil an den vermarkteten Mengen und damit die Wirkung auf Erzeugerpreise sind damit wahrscheinlich deutlich größer.

**Abb. 2: EU-Exporte in die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs)**

Quelle: BMEL<sup>6</sup> – eigene Berechnung und Darstellung

### *Deutschland mitverantwortlich*

Insgesamt greift der Agrarexportbericht des BMEL zu kurz, wenn er die Rolle Deutschlands im Agrarhandel mit armen Entwicklungsländern isoliert betrachtet. So wird im Kapitel zur »Wirkung deutscher Agrarexporte auf Märkte in Entwicklungsländern« behauptet, der deutsche Export nach Burkina Faso werde immer wieder beispielhaft genannt, um den Einfluss deutscher Exporte zu verdeutlichen.<sup>7</sup> Die Analysen von Misereor, Brot für die Welt, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Germanwatch,<sup>8</sup> die sich mit dem Milchsektor in Burkina Fasos und Westafrikas beschäftigen, zeigen den Einfluss der Importe aus der EU insgesamt, die in der Tat nur zu einem verschwindenden Anteil aus Deutschland kommen. Im Exportbericht wird denn auch festgestellt, dass 31 Prozent der Milchimporte Burkina Fasos direkt aus der EU (bei Milchpulver sogar zwei Drittel), 38 Prozent aus Togo und 20 Prozent aus Malaysia kommen. Da weder Togo noch Malaysia eine nennenswerte eigene Milcherzeugung haben, handelt es sich dabei um direkte oder weiterverarbeitete Re-Exporte, von denen zumindest im Falle Togos ein Großteil aus der EU stammt. Die Verantwortung Deutschlands ergibt sich hier nicht aus den direkten Handelsbeziehungen, sondern dadurch, dass es als einflussreiches Mitglied in der EU die Gemeinsame Agrarpolitik maßgeblich mitbestimmt. Damit ist es auch für die Exportorientierung der EU insgesamt mit verantwortlich, die ähnlich wie in Deutschland einen Schwerpunkt auf Fleisch und Milchprodukten hat. Zudem schlägt der von der EU maßgeblich mitverursachte Preisverfall auf den Weltmärkten auch dann auf andere Länder durch, wenn keine direkten Handelsbeziehungen bestehen.

### *»Schädliche« Exporte und mehr Freihandel vermeiden*

Nach Einschätzung des Agrarexportberichts sind viele Entwicklungsländer auf Importe angewiesen, da sie zu wenig fruchtbares Ackerland und Wasserressourcen haben, um ihre Bevölkerung zu versorgen. Importe seien daher notwendig, um Menschen zu versorgen, die Lebensmittel nicht selbst produzieren können oder nur eine geringe Kaufkraft haben. Für einzelne Länder ist diese Analyse sicher richtig, betrachtet man allerdings die regionale Ebene, besteht in der Regel ausreichendes Produktionspotenzial, wenn in Erzeugung und Wertschöpfungsketten investiert wird. So geht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in seinen Eckpunkten für einen Marshallplan mit Afrika<sup>9</sup> davon aus, dass der Kontinent sich in absehbarer Zeit selbst ernähren kann. Dazu sollen auch »schädliche« Exporte aus der EU vermieden werden.

Die FAO betont in ihrem jüngsten Bericht zur Lage der Ernährung und der Landwirtschaft,<sup>10</sup> dass

das weltweite Wachstum der Städte mit den richtigen Rahmenbedingungen Chancen für mehr Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung bietet. Die steigende Nachfrage der städtischen Bevölkerung nach höherwertigen und verarbeiteten Lebensmitteln kann Einkommen und Beschäftigung für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, handwerkliche und kleinindustrielle Unternehmen in der Weiterverarbeitung und im regionalen Handel erhöhen. Regionale Märkte für Getreide, Gemüse, Fleisch und Milch sind für die kleinbäuerliche Landwirtschaft viel wichtiger als internationale Märkte wie die für Kaffee oder Kakao.

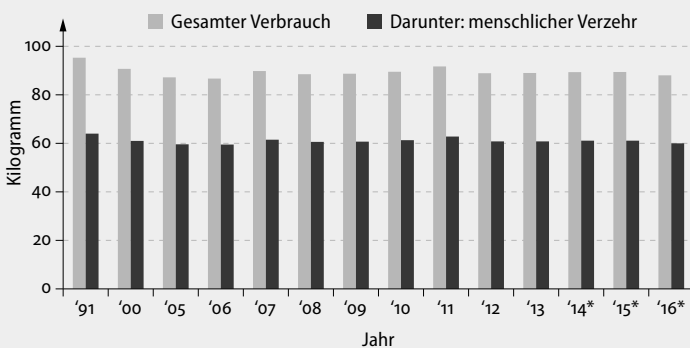
Allerdings besteht nach Ansicht der FAO das Risiko, dass die wachsende städtische Nachfrage vor allem durch importierte Lebensmittel (von Nudeln bis Milchpulver) gedeckt wird. Gerade die nötigen besseren Transportwege könnten dazu führen, dass Importe nicht nur in den meist gut zugänglichen Metropolen und Küstenregionen, sondern auch in regionalen Zentren billiger verfügbar seien und damit die Konkurrenz zur regionalen Wertschöpfung verstärken. In diesem Zusammenhang empfiehlt die FAO die Strategie zur ländlichen Entwicklung durch eine »intelligente Handelspolitik« zu begleiten und stellt gleichzeitig fest, dass der Spielraum dafür aufgrund neuer Handelsabkommen deutlich geringer ist, als in 1970er- und 1980er-Jahren. Die für Ernährung und Landwirtschaft zuständige UN-Organisation und das BMZ empfehlen also in der aktuellen Situation tendenziell *weniger* als mehr Freihandel, um ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit zu befördern.

### *Strukturwandel bei uns – und seine Folgen*

Die Autoren des Exportberichts stellen fest, dass sich der Strukturwandel in den letzten Jahren auch in der Tierhaltung fortgesetzt habe, besonders deutlich in der Schweinehaltung. Die naheliegende Frage, ob es einen Zusammenhang mit den besonders stark gestiegenen Schweinefleischexporten gibt, wird implizit beantwortet: Agrarexporte seien die Folge steigender Inlandsproduktion und Selbstversorgungsgrade sowie der Globalisierung der Agrarmärkte. Die Wettbewerbsfähigkeit steige unter anderem durch größere Betriebe und Tierbestände und die damit verbundenen kosten-senkenden Skaleneffekte. Nach dieser Logik führt also der Strukturwandel zu steigenden Exporten und nicht umgekehrt.

### *Steigende Produktionskapazitäten*

Die Kausalkette wird dabei sehr einseitig betrachtet. Investitionen in größere Produktionskapazitäten –im Fall der Tierproduktion größere Ställe – erfolgen in der Regel dann, wenn erwartet wird, dass die so erzeugten Mengen auch abgesetzt werden können. Da

**Abb. 3: Fleischkonsum pro Kopf in Deutschland 1991 bis 2016**

Quelle: Statista 2017

der Inlandsverbrauch seit Langem stagniert (Abb. 3), wurde die Produktionskapazität vor allem mit Blick auf mögliche Exporte gesteigert.

#### *Miserable Arbeitsbedingungen und Ausbeutung*

Um international wettbewerbsfähig zu sein, müssen nicht nur die Skaleneffekte realisiert, sondern auch alle anderen Möglichkeiten zur Kostensenkung ausgeschöpft werden. Die im Agrarexportbericht ebenfalls als Grund für den Strukturwandel genannten gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden so gestaltet, dass sie der Kostenminimierung nicht im Wege stehen. So wurden miserable Arbeitsbedingungen und Ausbeutung vor allem migrantischer Arbeiter auf Schlachthöfen durch Scheinselbständigkeit und Subunternehmen jahrelang toleriert. Die auf Druck von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sowie vielen erschütternden Medienberichten im Sommer 2017 eingeführten gesetzlichen Regelungen, mit denen Fleischkonzerne für ihre Subunternehmen in die Verantwortung genommen werden, Arbeitsstunden dokumentieren und den Mindestlohn zahlen müssen, werden die Ausbeutung zwar nicht beenden, könnten aber die Situation zumindest teilweise entschärfen.

#### *Hohe Gewässerbelastung mit Nitrat*

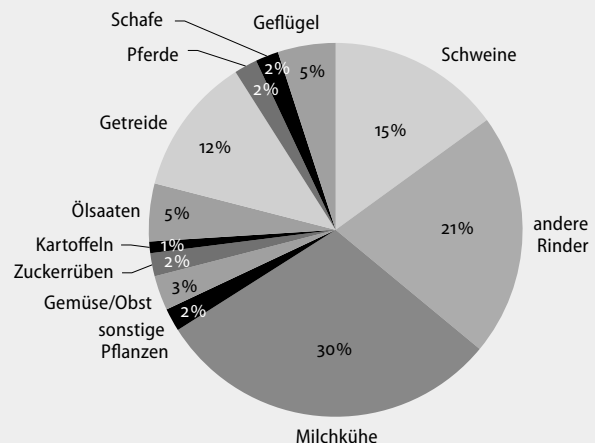
Der Abbau der Überschüsse von Stickstoff und Phosphor ist durch die EU-Nitratrichtlinie vorgegeben und unter anderem im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie seit 2001 ausdrückliches Ziel der Bundesregierung. Trotzdem gab es über mehrere Legislaturperioden keine Initiativen, das Düngerecht zu verschärfen – auch deshalb, weil wirksame Maßnahmen zu höheren Kos-

ten und damit weniger internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen würden. Gerade in Regionen mit besonders hoher Viehdichte und einem hohen Exportanteil ist die Gewässerbelastung mit Nitrat ebenfalls sehr hoch. Erst eine Klage der EU-Kommission gegen Deutschland wegen der Verletzung der Nitratrichtlinie führte 2017 zur Novellierung des Düngegesetzes. Ob das allerdings ausreichend wirksam umgesetzt wird, scheinen auch die Autoren des Agrarexportberichts zu bezweifeln. Sie schreiben, vom neuen Düngerecht werde »eine Verbesserung [...] der

Zielerreichung erwartet«<sup>11</sup> – und nicht etwa, dass die Ziele tatsächlich erreicht werden.

#### *Abstockung der Tierbestände erforderlich*

Ein reduzierter Eintrag von Stickstoff in den Nährstoffkreislauf ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz, da damit weniger klimaschädliches Lachgas entsteht. Um ihren Beitrag für die Klimaziele von Paris zu leisten, müsste Deutschland zumindest seine im Klimaschutzplan 2050 beschlossenen nationalen Reduktionsziele einhalten. Danach soll die Landwirtschaft ihre Emissionen gegenüber 2014 um etwa 18 Prozent verringern. Da nach Berechnungen des von Thünen-Instituts etwa drei Viertel der Emissionen der deutschen Landwirt-

**Abb. 4: Aufteilung der direkten und indirekten Treibhausgasemissionen des deutschen Agrarsektors nach Produktionsverfahren\***

\*In CO<sub>2</sub>-Äquivalenten, ohne CRF 5 (Landnutzung), unter Berücksichtigung von intrasektoralen und geschätzten außersektoralen Vorleistungen.

Quelle: von-Thünen-Institut 2009

schaft aus der Tierhaltung stammen (Abb. 4), kann das nur erreicht werden, indem die Tierhaltung sinkt.

In einem frühen, in der Ressortabstimmung abgelehnten Entwurf des Klimaschutzplans hieß es noch: »Dabei gilt es auch, dem Trend zur Steigerung des Exports von tierischen Nahrungsmitteln und der damit verbundenen Intensivierung des Stickstoffeinsatzes und der Erhöhung der Tierzahlen entgegenzusteuern. [...] Bei Abstockung der Tierbestände wären höhere Reduktionszahlen erreichbar.«<sup>12</sup> Beschlossen wurde dann nur, das Düngerecht zu verschärfen und sich über die Tierhaltung insgesamt nochmal Gedanken zu machen.

Immerhin wird auch im Agrarexportbericht anerkannt, dass Reduktionsziele für Klimagase und andere Luftschadstoffe wie Ammoniak die Spielräume für weitere Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft einengen.

#### *Tierschutz verbessern*

Schließlich bleibt auch unklar, wie das Ziel den Tierschutz zu verbessern, mit einer auf Export ausgerichteten Produktion vereinbart werden soll. Im Agrarexportbericht wird auf das vom BMEL angestrebte staatliche Tierwohllabel verwiesen. Damit soll die Bereitschaft der Verbraucher gefördert werden, einen höheren Preis für Produkte aus tiergerechter Haltung zu zahlen. Ob es in wichtigen Exportmärkten, gerade in Schwellenländern, eine ähnliche Zahlungsbereitschaft gibt, wird nicht einmal vermutet. Damit bleibt offen, wie Tierwohl mit der Produktion für den Export gefördert werden soll.

Der Agrarexportbericht des BMEL liest sich wie ein Bestandteil eines Rückzugsgefechts. An vielen Stellen scheint auch den Autoren klar zu sein, dass die derzeitige Strategie in keiner Beziehung nachhaltig ist. Politisch war ein Umsteuern aber noch nicht erwünscht, als der Bericht erstellt wurde.

#### **Was nicht im Agrarexportbericht steht**

Sicher kann die Agraropposition es als großen Erfolg verbuchen, dass die direkten staatlichen Exportsubventionen EU-weit gestrichen bzw. drastisch reduziert wurden. Doch wie kann es sein, dass die Ernährungsindustrie mehr Waren exportiert auch ohne direkte staatliche Exportsubvention? (Die staatlichen Exportsubventionen betragen im Jahr 2009 laut Hauptzollamt Hamburg knapp 52 Millionen Euro, davon rund 20,7 Millionen Euro für Milch- und Milcherzeugnisse.<sup>13</sup>)

Zum einen subventionieren die Bauern und Bäuerinnen die Molkereien und Schlachthöfe, wenn Erzeugerpreise unterhalb der Produktionskosten liegen. Dies ist bei der Milch schon lange und im Schweine-

sektor immer wieder über lange Monate zu beobachten. Einkommen und damit Eigenkapital tausender bäuerlicher Betriebe werden auf diesem Wege derzeit abgeschmolzen, statt stabilisiert zu werden, wie es erklärtes Ziel der EU ist.

Seit 2013 werden für Milch keine Exportsubventionen mehr gezahlt, sondern die EU-Staaten haben es zugelassen und gefördert, dass solche Übermengen erzeugt werden, dass Molkereien den Bauern nicht 45 Cent<sup>14</sup> entsprechend der Vollkosten für die Erzeugung eines Kilos Milch gezahlt haben, sondern 2013 und 2014 durchschnittlich 38 Cent je Kilo, 2015 nur 30 Cent und 2016 sogar nur 27 Cent je Kilo Milch.<sup>15</sup> Insgesamt subventionieren die Bauern rein rechnerisch auf diesem Wege unfreiwillig die Milchexporte mit knapp 570 Millionen Euro im Jahr 2013 bis hin zu 1,16 Milliarden Euro 2016.<sup>16</sup> Der gravierende Effekt: Steigende Weltmarktanteile deutscher Molkereien fußen darauf, dass dieser Mechanismus unsere Milch zur billigsten Milch weltweit machte – dauerhaft zu Lasten der bäuerlichen Betriebe weltweit.

In geringerem Ausmaß fließen zudem Gelder für Exportförderprogramme. Im Rahmen des Auslandsmesseprogramms des BMEL (AMP)<sup>17</sup> förderte das Ministerium 2015 weltweit insgesamt 25 Leit- und

#### **Folgerungen & Forderungen**

- Das stetige Wachsen der deutschen Agrarexporte geht mit sinkenden Erlösen bei wichtigen Produkten wie Fleisch und Milch einher.
- Bauern fehlen rechnerisch 2016 über fünf Milliarden Euro an der Kostendeckung ihrer Produktionskosten. Dieses Geld subventioniert faktisch den Milchexport der Molkereien.
- Strukturen, die notwendig sind, um Deutschland auf der Kostenseite wettbewerbsfähig zu machen, stehen Umwelt, Tierschutz und ländlicher Entwicklung entgegen.
- Ein hohes Angebot an Milch und Fleisch am Weltmarkt führt zu sinkenden Erzeugerpreisen und schadet Bauern und Bäuerinnen in den Erzeugungs- und Zielländern.
- Die wachsende Nachfrage nach höherwertigen Lebensmitteln in Entwicklungs- und Schwellenländern kann und soll aus regionaler Erzeugung gedeckt werden, um die ländlichen Einkommen zu verbessern.
- Politisch gilt es, die Überproduktion abzubauen und Dumpingexporte zu unterbinden.
- Der Exportbericht des BMEL sollte in Zukunft Konflikte zwischen der Exportorientierung und Nachhaltigkeitszielen offenlegen, statt sie wegzudiskutieren.

Fachmessen, im Jahr 2016 stieg die Zahl auf 29 Auslandsmessen. Das BMEL finanziert außerdem z. B. Wirtschaftsdelegationsreisen mit Begleitung der Hausleitung ins Ausland, sog. store checks, Schulungsangebote für Mitarbeiter der deutschen Auslandshandelskammern sowie Kongresse und imagefördernde Maßnahmen. »Aufgrund der starken Nachfrage, der positiven Resonanz und des ausdrücklichen Ziels von BM Schmidt, neue Zielmärkte zu erschließen, wurden die Haushaltsmittel für 2016 um 2 Millionen Euro auf 7,3 Millionen Euro aufgestockt«, so das Ministerium in seinem Bericht 2015.<sup>18</sup> Leider wird der Ökolandbau nicht gleichermaßen großzügig vom BMEL aufgestockt, obwohl die Kriterien wie starke Nachfrage, positive Resonanz und das Staatsziel 20 Prozent Ökolandbau mindestens den gleichen Anspruch auf Förderung nahelegen. Zum Auslandsmesseprogramm hinzu kommen jährlich drei Millionen Euro aus dem Haushalt des BMEL zur Stärkung der Außenhandelsbeziehungen. 10,3 Millionen Euro jährlich scheinen angesichts der Exportgröße von 70 Milliarden Euro überschaubar, und wie viel Exportzuwachs mit dem Klinkenputzen in anderen Ländern für Agrarprodukte aus Deutschland ausgelöst wird, ist nicht genau zu beziffern. In jedem Fall bräuchte es weder Dumping in Milliardenhöhe noch Agrarexportförderung in Millionenhöhe, wenn deutsche Agrarprodukte tatsächlich »weltweit gefragt«<sup>19</sup> wären, wie der Bauernverband nicht müde wird zu behaupten.

#### Anmerkungen

- 1 BMEL: Agrarexporte 2017 – Daten und Fakten, Berlin 2017.
- 2 Ebd., S. 4.
- 3 Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft: Agrarmärkte 2016.
- 4 Ebd., S. 9.
- 5 BMEL (siehe Anm. 1).
- 6 Ebd., S. 22.
- 7 Ebd., S. 50 f.
- 8 T. Reichert und J. Leimbach: Billiges Milchpulver für die Welt. Bonn/Berlin/Hamm/Aachen 2015.
- 9 BMZ: Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika. Januar 2017. – Siehe hierzu auch den Beitrag von Tobias Reichert in diesem *Agrarbericht* S. 103–106.
- 10 FAO: The state of food and agriculture – Leveraging food systems for inclusive rural transformation. Rome 2017.
- 11 BMEL (siehe Anm. 1), S. 55.
- 12 Entwurf des Klimaschutzplans 2050 vom 21. Juni 2016.
- 13 Zitiert nach Wikipedia <https://de.wikipedia.org/wiki/Exportsubvention>.
- 14 European Milk Board (EMB) ([www.europeanmilkboard.org/de/special-content/news/news-details/article/only-77-per-cent-of-production-costs-in-the-german-dairy-sector-covered-by-the-farm-gate-price.html?cHash=fd1766f0358c957224afe55d59b7eae2](http://www.europeanmilkboard.org/de/special-content/news/news-details/article/only-77-per-cent-of-production-costs-in-the-german-dairy-sector-covered-by-the-farm-gate-price.html?cHash=fd1766f0358c957224afe55d59b7eae2)).
- 15 Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE): Milchpreise pro Monat 2015-2016 ([www.ble.de/DE/BZL/Datenberichte/Milch-Milcherzeugnisse/\\_functions/TabelleMilchpreiseMonat2016.html](http://www.ble.de/DE/BZL/Datenberichte/Milch-Milcherzeugnisse/_functions/TabelleMilchpreiseMonat2016.html)).
- 16 Eigene Berechnungen nach Daten von EMB 2017 und BLE (siehe Anm. 14).
- 17 BMEL: Deutscher Agraraußenhandel 2015. Daten und Fakten. Berlin 2016, S. 40 f.
- 18 Ebd. S. 41.
- 19 Zitat aus einem Leserbrief des Deutschen Bauernverbands an die *Süddeutsche Zeitung*. In: »Bauernverband prangert verzerrende Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung an«. Meldung in *top agrar* vom 20. Oktober 2015.



**Tobias Reichert**

Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch e.V.

Stresemannstr. 72, 10963 Berlin  
reichert@germanwatch.org



**Reinhold Benning**

Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung bei Germanwatch e.V.

Stresemannstr. 72, 10963 Berlin  
benning@germanwatch.org